

Kerncurriculum für die Qualifikationsphase
der gymnasialen Oberstufe

Geschichte und Politische Bildung

Inhaltsverzeichnis

1	Bildung und Erziehung in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe	3
1.1	Grundsätze	3
1.2	Lernen und Unterricht	4
1.3	Leistungsfeststellung und Leistungsbewertung	5
2	Der Beitrag des Unterrichtsfaches Geschichte und Politische Bildung zum Kompetenzerwerb	6
2.1	Fachprofil	6
2.2	Fachbezogene Kompetenzen	7
3	Eingangsvoraussetzungen und abschlussorientierte Standards	10
3.1	Eingangsvoraussetzungen.....	10
3.2	Abschlussorientierte Standards	10
4	Kompetenzen und Inhalte	12
4.1	Herrschaft und Partizipation in der Vormoderne	13
4.2	Von der traditionellen zur modernen Gesellschaft.....	15
4.3	Deutsche Politik und Gesellschaft im 20. und 21. Jahrhundert.....	19
4.4	Konfrontation und Kooperation in der internationalen Politik	23

1 Bildung und Erziehung in der Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe

1.1 Grundsätze

In der Qualifikationsphase erweitern und vertiefen die Schülerinnen und Schüler ihre bis dahin erworbenen Kompetenzen mit dem Ziel, sich auf die Anforderungen eines Hochschulstudiums oder einer beruflichen Ausbildung vorzubereiten. Sie handeln zunehmend selbstständig und übernehmen Verantwortung in gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen. Die Grundlagen für das Zusammenleben und -arbeiten in einer demokratischen Gesellschaft und für das friedliche Zusammenleben der Völker sind ihnen vertraut. Die Lernenden erweitern ihre interkulturelle Kompetenz und bringen sich im Dialog und in der Kooperation mit Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung aktiv und gestaltend ein. Eigene und gesellschaftliche Perspektiven werden von ihnen zunehmend sachgerecht eingeschätzt. Die Lernenden übernehmen Verantwortung für sich und ihre Mitmenschen, für die Gleichberechtigung der Menschen ungeachtet des Geschlechts, der Abstammung, der Sprache, der Herkunft, einer Behinderung, der religiösen und politischen Anschauungen und der wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Stellung. Im Dialog zwischen den Generationen nehmen sie eine aktive Rolle ein. Sie setzen sich mit wissenschaftlichen, technischen, rechtlichen, politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen auseinander, nutzen deren Möglichkeiten und schätzen Handlungsspielräume, Perspektiven und Folgen zunehmend sachgerecht ein. Sie gestalten Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungen mit und eröffnen sich somit vielfältige Handlungsalternativen.

Der beschleunigte Wandel einer von Globalisierung geprägten Welt erfordert ein dynamisches Modell des Kompetenzerwerbs, das auf lebenslanges Lernen und die Bewältigung vielfältiger Herausforderungen im Alltags- und Berufsleben ausgerichtet ist. Hierzu durchdringen Schülerinnen und Schüler zentrale Zusammenhänge grundlegender Wissensbereiche, erkennen die Funktion und Bedeutung vielseitiger Erfahrungen und lernen, vorhandene und neu erworbene Fähigkeiten und Fertigkeiten miteinander zu verknüpfen. Die Lernenden entwickeln ihre Fähigkeiten im Umgang mit Sprache und Wissen weiter und setzen sie zunehmend situationsangemessen, zielorientiert und adressatengerecht ein.

Kompetenzerwerb

Die Eingangsvoraussetzungen verdeutlichen den Stand der Kompetenzentwicklung, den die Lernenden beim Eintritt in die Qualifikationsphase erreicht haben sollten. Mit entsprechender Eigeninitiative und gezielter Förderung können auch Schülerinnen und Schüler die Qualifikationsphase erfolgreich absolvieren, die die Eingangsvoraussetzungen zu Beginn der Qualifikationsphase noch nicht in vollem Umfang erreicht haben.

Standardorientierung

Mit den abschlussorientierten Standards wird verdeutlicht, über welche fachlichen und überfachlichen Kompetenzen Schülerinnen und Schüler im Abitur verfügen müssen. Die Standards bieten damit Lernenden und Lehrenden Orientierung für erfolgreiches Handeln und bilden einen wesentlichen Bezugspunkt für die Unterrichtsgestaltung, für das Entwickeln von Konzepten zur individuellen Förderung sowie für ergebnisorientierte Beratungsgespräche.

Für die Kompetenzentwicklung sind zentrale Themenfelder und Inhalte von Relevanz, die sich auf die Kernbereiche der jeweiligen Fächer konzentrieren und sowohl fachspezifische als auch überfachliche Zielsetzungen deutlich werden lassen. So erhalten die Schülerinnen und Schüler Gelegenheit zum exemplarischen Lernen und zum Erwerb einer vertieften und erweiterten allgemeinen und wissenschafts-

Themenfelder und Inhalte

propädeutischen Bildung. Dabei wird stets der Bezug zur Erfahrungswelt der Lernenden und zu den Herausforderungen an die heutige sowie perspektivisch an die zukünftige Gesellschaft hergestellt.

Schülerinnen und Schüler entfalten anschlussfähiges und vernetztes Denken und Handeln als Grundlage für lebenslanges Lernen, wenn sie die in einem Lernprozess erworbenen Kompetenzen auf neue Lernbereiche übertragen und für eigene Ziele und Anforderungen in Schule, Studium, Beruf und Alltag nutzbar machen können.

Diesen Erfordernissen trägt das Kerncurriculum durch die Auswahl der Themenfelder und Inhalte Rechnung, bei der nicht nur die Systematik des Faches, sondern vor allem der Beitrag zum Kompetenzerwerb berücksichtigt wird.

Schulinternes Curriculum

Das Kerncurriculum ist die verbindliche Basis für die Gestaltung des schulinternen Curriculums, in dem der Bildungs- und Erziehungsauftrag von Schule standortspezifisch konkretisiert wird. Dazu werden fachbezogene, fachübergreifende und fächerverbindende Entwicklungsschwerpunkte sowie profilbildende Maßnahmen festgelegt.

Die Kooperation innerhalb der einzelnen Fachbereiche ist dabei von ebenso großer Bedeutung wie fachübergreifende Absprachen und Vereinbarungen. Bei der Erstellung des schulinternen Curriculums werden regionale und schulspezifische Besonderheiten sowie die Neigungen und Interessenlagen der Lernenden einbezogen. Dabei arbeiten alle an der Schule Beteiligten zusammen und nutzen auch die Anregungen und Kooperationsangebote externer Partner.

Zusammen mit dem Kerncurriculum nutzt die Schule das schulinterne Curriculum als ein prozessorientiertes Steuerungsinstrument im Rahmen von Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung. Im schulinternen Curriculum werden überprüfbare Ziele formuliert, die die Grundlage für eine effektive Evaluation des Lernens und des Unterrichts in der Qualifikationsphase bilden.

1.2 Lernen und Unterricht

Mitverantwortung und Mitgestaltung von Unterricht

Lernen und Lehren in der Qualifikationsphase muss dem besonderen Entwicklungsabschnitt Rechnung tragen, in dem die Jugendlichen zu jungen Erwachsenen werden. Dies geschieht vor allem dadurch, dass die Lernenden Verantwortung für den Lernprozess und den Lernerfolg übernehmen und sowohl den Unterricht als auch das eigene Lernen aktiv selbst gestalten.

Lernen als individueller Prozess

Beim Lernen konstruiert jeder Einzelne ein für sich selbst bedeutsames Abbild der Wirklichkeit auf der Grundlage seines individuellen Wissens und Könnens sowie seiner Erfahrungen und Einstellungen.

Dieser Tatsache wird durch eine Lernkultur Rechnung getragen, in der sich Schülerinnen und Schüler ihrer eigenen Lernwege bewusst werden, diese weiterentwickeln sowie unterschiedliche Lösungen reflektieren und selbstständig Entscheidungen treffen. So wird lebenslanges Lernen angebahnt und die Grundlage für motiviertes, durch Neugier und Interesse geprägtes Handeln ermöglicht. Fehler und Umwege werden dabei als bedeutsame Bestandteile von Erfahrungs- und Lernprozessen angesehen.

Phasen des Anwendens

Neben der Auseinandersetzung mit dem Neuen sind Phasen des Anwendens, des Übens, des Systematisierens sowie des Vertiefens und Festigens für erfolgreiches Lernen von großer Bedeutung. Solche Lernphasen ermöglichen auch die gemeinsame Suche nach Anwendungen für neu erworbenes Wissen und verlangen eine variantenreiche Gestaltung im Hinblick auf Übungssituationen, in denen vielfältige Methoden und Medien zum Einsatz gelangen.

<p>Lernumgebungen werden so gestaltet, dass sie das selbstgesteuerte Lernen von Schülerinnen und Schülern fördern. Sie unterstützen durch den Einsatz von Medien sowie zeitgemäßer Kommunikations- und Informationstechnik sowohl die Differenzierung individueller Lernprozesse als auch das kooperative Lernen. Dies trifft sowohl auf die Nutzung von multimedialen und netzbasierten Lernarrangements als auch auf den produktiven Umgang mit Medien zu. Moderne Lernumgebungen ermöglichen es den Lernenden, eigene Lern- und Arbeitsziele zu formulieren und zu verwirklichen sowie eigene Arbeitsergebnisse auszuwerten und zu nutzen.</p>	Lernumgebung
<p>Die Integration geschlechtsspezifischer Perspektiven in den Unterricht fördert die Wahrnehmung und Stärkung der Lernenden mit ihrer Unterschiedlichkeit und Individualität. Sie unterstützt die Verwirklichung von gleichberechtigten Lebensperspektiven. Schülerinnen und Schüler werden bestärkt, unabhängig von tradierten Rollenfestlegungen Entscheidungen über ihre berufliche und persönliche Lebensplanung zu treffen.</p>	Gleichberechtigung von Mann und Frau
<p>Durch fachübergreifendes Lernen werden Inhalte und Themenfelder in größerem Kontext erfasst, außerfachliche Bezüge hergestellt und gesellschaftlich relevante Aufgaben verdeutlicht. Die Vorbereitung und Durchführung von fächerverbindenden Unterrichtsvorhaben und Projekten fördert die Zusammenarbeit der Lehrkräfte und ermöglicht allen Beteiligten eine multiperspektivische Wahrnehmung.</p>	Fachübergreifendes und fächerverbindendes Lernen
<p>Im Rahmen von Projekten, an deren Planung und Organisation sich Schülerinnen und Schüler aktiv beteiligen, werden über Fächergrenzen hinaus Lernprozesse vollzogen und Lernprodukte erstellt. Dabei nutzen Lernende überfachliche Fähigkeiten und Fertigkeiten auch zum Dokumentieren und Präsentieren. Auf diese Weise bereiten sie sich auf das Studium und ihre spätere Berufstätigkeit vor.</p>	Projektarbeit
<p>Außerhalb der Schule gesammelte Erfahrungen, Kenntnisse und erworbene Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler werden in die Unterrichtsarbeit einbezogen. Zur Vermittlung solcher Erfahrungen werden auch die Angebote außerschulischer Lernorte, kultureller oder wissenschaftlicher Einrichtungen sowie staatlicher und privater Institutionen genutzt. Die Teilnahme an Projekten und Wettbewerben, an Auslandsaufenthalten und internationalen Begegnungen hat ebenfalls eine wichtige Funktion; sie erweitert den Erfahrungshorizont der Schülerinnen und Schüler und trägt zur Stärkung ihrer interkulturellen Handlungsfähigkeit bei.</p>	Einbeziehung außerschulischer Erfahrungen

1.3 Leistungsfeststellung und Leistungsbewertung

Wichtig für die persönliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler ist eine individuelle Beratung, die die Stärken der Lernenden aufgreift und Lernergebnisse nutzt, um Lernfortschritte auf der Grundlage nachvollziehbarer Anforderungs- und Bewertungskriterien zu beschreiben und zu fördern.

So lernen die Schülerinnen und Schüler, ihre eigenen Stärken und Schwächen sowie die Qualität ihrer Leistungen realistisch einzuschätzen und kritische Rückmeldungen und Beratung als Chance für die persönliche Weiterentwicklung zu verstehen. Sie lernen auch, anderen Menschen faire und sachliche Rückmeldungen zu geben, die für eine produktive Zusammenarbeit und erfolgreiches Handeln unerlässlich sind.

Die Anforderungen in Aufgabenstellungen orientieren sich im Verlauf der Qualifikationsphase zunehmend an der Vertiefung von Kompetenzen und den im Kerncurriculum beschriebenen abschlussorientierten Standards sowie an den Aufgabenformen und der Dauer der Abiturprüfung. Aufgabenstellungen sind so offen, dass sie den Lernenden eine eigene Gestaltungsleistung abverlangen. Die von den Schülerinnen und Schülern geforderten Leistungen orientieren sich an lebens- und arbeitsweltbezogenen Textformaten und Aufgabenstellungen, die einen Beitrag zur Vor-

Aufgabenstellungen

bereitung der Lernenden auf ihr Studium und ihre spätere berufliche Tätigkeit liefern.

Schriftliche Leistungen

Neben den Klausuren fördern umfangreichere schriftliche Arbeiten in besonderer Weise bewusstes methodisches Vorgehen und motivieren zu eigenständigem Lernen und Forschen.

Mündliche Leistungen

Auch den mündlichen Leistungen kommt eine große Bedeutung zu. In Gruppen und allein erhalten Schülerinnen und Schüler Gelegenheit, ihre Fähigkeit zum reflektierten und sachlichen Diskurs und Vortrag und zum mediengestützten Präsentieren von Ergebnissen unter Beweis zu stellen.

Praktische Leistungen

Praktische Leistungen können in allen Fächern eigenständig oder im Zusammenhang mit mündlichen oder schriftlichen Leistungen erbracht werden. Schülerinnen und Schüler erhalten so die Gelegenheit, Lernprodukte selbstständig allein und in Gruppen zu erstellen und wertvolle Erfahrungen zu sammeln.

2 Der Beitrag des Unterrichtsfaches Geschichte und Politische Bildung zum Kompetenzerwerb

2.1 Fachprofil

Historisch-politische Kompetenz

Ziel des Unterrichts ist der **Erwerb historisch-politischer Kompetenz**, d. h. der Fähigkeit zum selbstständigen historisch-politischen Denken, das sich zeigt in der Fähigkeit zur Untersuchung, Klärung und Darstellung politischer Phänomene in Geschichte und Gegenwart, zur Deutung von Zusammenhängen und Zeitverläufen, in der Teilnahme an historischen und politischen Diskursen sowie an handlungsorientierten Folgerungen für Gegenwart und Zukunft. Der Erwerb historisch-politischer Kompetenz zielt somit auch darauf, sich in der modernen Gesellschaft zu orientieren und politische, gesellschaftliche sowie wirtschaftliche Probleme zu beurteilen.

Im Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung gewinnen die Schülerinnen und Schüler personale und soziale Orientierung, indem sie an Themen aus vergangenen Zeiten oder bei der Beschäftigung mit anderen Kulturen Alternativen zum „Jetzt und Hier“ wahrnehmen, auf in der Vergangenheit nicht realisierte Handlungsalternativen kommen, die historische Gebundenheit und Spezifik auch des gegenwärtigen Standortes und so die Möglichkeit zu seiner kritischen Überprüfung erkennen. Sie sehen die Bedingtheit menschlicher Existenz und Möglichkeiten zur Identifikation mit vorbildhaften Personen. Ihre Fähigkeit zur Empathie wächst ebenso wie die Fähigkeit zur kritischen Distanz.

Demokratiekompetenz

Historisch-politische Kompetenz ist Voraussetzung und entscheidende Hilfe zu politischer Mündigkeit (**Demokratiekompetenz**). Damit leistet das Unterrichtsfach einen zentralen Beitrag zur Erhaltung, Weiterentwicklung und Erneuerung der freiheitlichen und solidarischen Gesellschaft, des Rechtsstaats und der Demokratie und erfüllt so wesentlich den gesetzlichen Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule. Politische Mündigkeit ist eine Bedingung für erfolgreiche Partizipation des Einzelnen, sie gibt für die Erhaltung und Weiterentwicklung einer demokratischen politischen Kultur und eines demokratischen politischen Systems eine unerlässliche Zielperspektive schulischer Bildung.

Zur Demokratiekompetenz gehört es:

- zur Ausübung bürgerschaftlicher Aktivitäten bereit zu sein,
- sich in politischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und rechtlichen Problemfeldern sachkundig zu machen und situations- und problembezogenes Deutungswissen zu erwerben,

- strukturelle Bedingungen und institutionelle Ordnungen für soziales, politisches und ökonomisches Handeln problemorientiert zu analysieren,
- konkurrierende und konfligierende Interessen zu erkennen und auf Regelungen und Lösungen hin zu untersuchen und zu bestimmen,
- gesellschaftliche, politische und ökonomische Problemlagen, politische Forderungen, Handlungschancen und -alternativen zu beurteilen, Folgen und Nebenfolgen abzuschätzen sowie die bei der Urteilsbildung angewandten Urteilkriterien einzuschätzen,
- selbstständig und verantwortlich zu entscheiden und zu handeln.

Unterrichtsgegenstände sind politische, wirtschaftliche, soziale, ökologische, geistesgeschichtliche und kulturelle Verhältnisse, die das Leben der Menschen in der Vergangenheit bestimmt haben bzw. in Gegenwart und Zukunft noch bestimmen. Dies schließt sowohl historische Sachverhalte als auch alle Phänomene der Geschichtskultur (u. a. Gedenkstätten, Gedenktage) ein. So lernen die Schülerinnen und Schüler, die geschichtliche Dimension der menschlichen Existenz und der Kultur zu begreifen.

Unterrichtsgegenstände

Ebenso greifen sie gegenwärtige Probleme aus der Politik, der Gesellschaft, dem Rechtswesen oder der Wirtschaft auf, entwickeln und erwägen Lösungsansätze mit Hilfe der gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen, vor allem der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Rechtswissenschaft, der Ökonomie und der politischen Philosophie. Eine wichtige Position im Unterricht nehmen politische und gesellschaftliche Institutionen ein, denen die Schülerinnen und Schüler sich jedoch nicht isoliert zuwenden, sondern soweit sie im Zusammenhang mit der Klärung eines konkreten Problems oder politischen Konflikts dienen.

Wichtige Prinzipien für die Gestaltung des Unterrichts sind Problem- und Handlungsorientierung, Multiperspektivität, Kontroversität und Methodenpluralismus. Auf diesem Weg erwerben die Schülerinnen und Schüler die Kompetenz, Vergangenes zu rekonstruieren und Darstellungen von Vergangenen zu dekonstruieren, auf deren Deutungen und deren Bedeutung für sich selbst zu befragen. Gleichzeitig legt der Unterricht, indem er die Genese der Gegenwart transparent macht, ein tragfähiges Fundament zur Analyse von grundlegenden Problemen der Gegenwart und der erkennbaren Herausforderungen der Zukunft. Die Schülerinnen und Schülern gewinnen ein differenziertes Verständnis von der politischen Realität sowie ihrer sozialen, rechtlichen und ökonomischen Bedingungen. Von besonderer Motivationskraft sind aktuelle oder regionale Bezüge der historisch-politischen Themen. Auch vom entdeckend-forschenden Lernen profitieren die Schülerinnen und Schüler erheblich.

Unterrichtsprinzipien

2.2 Fachbezogene Kompetenzen

Die historisch-politische Kompetenz umfasst mehrere miteinander verschränkte Teilkompetenzen:

Historische Sachkompetenz zeigt sich in fundiertem Wissen über Vergangenes, das sowohl in seiner Eigenwirklichkeit als auch unter der Perspektive der Vorgeschichte der Gegenwart wahrgenommen wird. Es muss unterschiedliche Dimensionen der historischen Fachwissenschaft wie z. B. der Politikgeschichte, der Wirtschafts- und Sozialgeschichte und der Kulturgeschichte angemessen umfassen. Die Schülerinnen und Schüler verfügen über umfangreiche Kenntnisse zu historischen Ereignissen, Personen, ideengeschichtlichen Vorstellungen, Prozessen und Strukturen sowie vom Leben der Menschen in unterschiedlichen Gesellschaften und zu unterschiedlichen Zeiten. Dazu gehört auch das Bewusstsein, dass historisches Wissen zeit-, standort- und kulturbedingt ist.

Historische Sachkompetenz

Historische
Urteils-
kompetenz

Die Schülerinnen und Schüler kommen zu eigenständigen, durch Argumente begründeten Urteilen (Sachurteil, Werturteil). Das Sachurteil beruht auf der Auswahl, Verknüpfung und Deutung historischer Sachverhalte innerhalb eines Bezugsrahmens, die zu einem Urteil führen. Gelungene Sachurteile weisen sich durch sachliche Angemessenheit, innere Stimmigkeit und ausreichende Triftigkeit von Argumenten aus. Darüber hinaus werden beim Werturteil ethische, moralische und normative Kategorien auf historische Sachverhalte angewendet und eigene Wertmaßstäbe reflektiert. Es werden Zeitbedingtheit bzw. Dauerhaftigkeit von Wertmaßstäben berücksichtigt.

Diese Teilkompetenzen zeigen sich in der Fähigkeit zur sinnbildenden Darstellung von Geschichte (Narration von Geschichte), die den Schülerinnen und Schülern ermöglicht, am öffentlichen Diskurs über Geschichte teilzunehmen.

Politische
Sach- und
Urteils-
kompetenz

Politische Sach- und Urteilskompetenz bedeutet, dass die Schülerinnen und Schüler Sachverhalte (Situationen, Ereignisse, Probleme, Prozesse) aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht analysieren und reflektierte politische Urteile treffen können. Dazu gehört es:

- politische Sachverhalte (Ereignisse, Probleme) aus den Perspektiven und den Erwartungen Betroffener wie auch von Politikern zu betrachten und zu bewerten,
- Vorschläge zur politischen Bewältigung von nationalen und internationalen Problemen zu entwickeln und zu begründen,
- politische Handlungsalternativen nach möglichen Konsequenzen und Nebenfolgen abzuwägen und eine Wahl zu treffen,
- gefällte politische Entscheidungen nach berücksichtigten bzw. vernachlässigten Interessen zu befragen und hiernach zu bewerten,
- kontroverse Positionen zu einem aktuellen Fall aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Recht nach impliziten Werthaltungen, verfolgten Interessen der Beteiligten und möglichen Auswirkungen zu befragen und zu einem eigenen, von Kategorien geleiteten Urteil zu kommen,
- an einem für die Lerngruppe geeigneten Beispiel einen politischen Entscheidungsprozess in wesentlichen Aspekten zu analysieren (verschiedene Politikdimensionen, beteiligte Institutionen, einwirkende gesellschaftliche Interessen, wirtschaftliche und rechtliche Bedingungen, internationale Verflechtungen),
- Logiken und Mechanismen medialer Politikinszenierung zu entschlüsseln (z. B. mediale Inszenierung von Politik, Agenda-Setting, Meinungsbildung, Skandalisierung),
- divergierende politisch-philosophische Grundhaltungen hinter kontroversen politischen Positionen zu identifizieren (z. B. unterschiedliche Demokratiebegriffe, Menschenbilder, Gesellschaftsvorstellungen),
- sich die politischen Voreinstellungen und Wertmaßstäbe bewusst zu machen, die die eigenen politischen Urteile beeinflussen,
- grundlegende sozialwissenschaftliche Argumentationen zu verstehen, zu strukturieren, zu vergleichen und zu beurteilen,
- Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Sachverhalten sowie politischen Entscheidungen zu analysieren,
- ausgewählte Politikfelder auf politische Handlungsprobleme hin zu analysieren und Handlungsoptionen zu beurteilen.

Methoden-
kompetenz

Die Schülerinnen und Schüler beherrschen Methoden und Verfahren aus der Geschichts- und Politikwissenschaft, um auf der Grundlage sicheren Fachwissens historisch-politische Strukturen und Verläufe zu analysieren und sinnbildend zu synthetisieren. Sie erfragen, finden und erklären kausale, strukturelle bzw. zeitliche

Zusammenhänge und können diese problembewusst und multiperspektivisch bzw. in ihrer Kontroversität darstellen und präsentieren. Schwerpunkte der Methodenbeherrschung sind die Fähigkeit, sinnvolle Fragestellungen zu entwickeln, die Interpretation von Quellen unterschiedlicher Gattungen (Rekonstruktion), die Analyse von und kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Formen der Darstellung (Dekonstruktion) sowie die Entwicklung eigenständiger historischer und politischer Argumentationen und Narrationen. Die Schülerinnen und Schüler können das Für und Wider von Theorien und Erklärungsansätzen auf historisch-politische Sachverhalte, Strukturen und Prozesse anwenden und ihre Triftigkeit und Reichweite abwägen. Sie entwickeln dabei auch Ansätze ideologiekritischer Argumentationen. Besonders im politischen Bereich gehen sie mit ausgewählten empirischen Methoden wie zum Beispiel Beobachtung, Befragung, Modellbildung und Simulation um.

3 Eingangsvoraussetzungen und abschlussorientierte Standards

3.1 Eingangsvoraussetzungen

Für einen erfolgreichen Kompetenzerwerb sollten Schülerinnen und Schüler zu Beginn der Qualifikationsphase bestimmte fachliche Anforderungen bewältigen. Diese sind in den Eingangsvoraussetzungen dargestellt. Den Schülerinnen und Schülern ermöglichen sie, sich ihres Leistungsstandes zu vergewissern. Lehrkräfte nutzen sie für differenzierte Lernarrangements sowie zur individuellen Lernberatung.

Sach- und Urteilskompetenz

Die Schülerinnen und Schüler verfügen über historische und politische Kenntnisse sowie Problembewusstsein und Urteilskompetenz aus dem abgeschlossenen historischen Durchgang und dem weiteren Unterricht zur Politischen Bildung während des Sekundarbereichs I bzw. in der Einführungsphase.

Methodenkompetenz

Die Schülerinnen und Schüler verfügen über Methodenkompetenz und fachspezifische Lern- und Arbeitstechniken, insbesondere die Kompetenz:

- sachgerecht und kritisch mit Quellen und Darstellungen umzugehen, d. h. Quellen verschiedener Gattungen und Darstellungen unterschiedlicher Formen zu analysieren, zu interpretieren, zu vergleichen, zu bewerten und aufeinander zu beziehen,
- historische und aktuelle Entwicklungen aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten und kontroverse Auffassungen über Geschichte und Politik gegenüberzustellen,
- elementare historisch-politische Fachbegriffe und Fachsprache zu benutzen,
- historische und politische Fachliteratur zu suchen und auszuwerten,
- Informationen zu beschaffen und zu entnehmen, auch mit Hilfe der Neuen Medien,
- Beleg- und Rezeptionstechniken (Zitieren und Exzerpieren) anzuwenden,
- historisch-politische Aussagen in unterschiedlichen Formen zu präsentieren.

3.2 Abschlussorientierte Standards

Am Ende der Qualifikationsphase verfügen die Schülerinnen und Schüler über eine historisch-politische Kompetenz, die in den abschluss-orientierten Standards zu vier Themenfeldern konkretisiert wird.

Sach- und Urteilskompetenz

Das Unterrichtsfach Geschichte und Politische Bildung berücksichtigt insgesamt:

- Verschiedene Epochen: Altertum, Mittelalter, Frühe Neuzeit, Neuzeit, Zeitgeschichte,
- Verschiedene räumliche Einheiten: Deutschland (auch als Regional- und Lokalgeschichte), Europa, einen außereuropäischen Kulturraum, die Welt als Ganzes,
- Verschiedene Dimensionen und Zugriffe wie Politik-, Wirtschafts-, Sozial-, Kulturgeschichte, Mentalitäts-, Umwelt- und Geschlechtergeschichte in ihrer Interdependenz sowie der politikwissenschaftlichen Disziplinen,
- Verschiedene Subjekte der Geschichte und Politik: Individuen, Gruppen, Massen, Minderheiten und Außenseiter, Geschlechter, Altersgruppen, Schichten und Klassen.

Im Rahmen der ausgewählten Themenfelder verfügen die Schülerinnen und Schüler über Fähigkeiten historisch-politischer Deutung und systematisch ordnender Darstellung, indem sie geschichtliche und politische Phänomene mit Hilfe von Kategorien erklären und beurteilen. Dabei berücksichtigen sie u. a. folgende Kategorien:

- Ereignis, Prozess und Struktur
- Fortschritt und Rückschritt
- Dauer und Wandel
- Evolution und Revolution
- Gewalt und Gewaltfreiheit
- Allgemeines und Singuläres
- Gleichzeitigkeit und Ungleichzeitigkeit
- Integration und Ausgrenzung

Methodenkompetenz

Die Schülerinnen und Schüler gehen mit verschiedenen methodischen Grundformen der Untersuchung sachgerecht um. Dazu gehören:

- das genetisch-chronologische Verfahren
- der thematische Längsschnitt
- die historisch-politische Fallanalyse
- der Querschnitt
- der Vergleich
- die Ideologiekritik
- die Auseinandersetzung mit Geschichtskultur
- empirische Erhebungen zur Politik und Gesellschaft

Themenfelder

Die Schülerinnen und Schüler entwickeln ihre historisch-politische Kompetenz in vier Themenfeldern, die in ihrer Gesamtheit mehrere Epochen, Räume und Dimensionen sowie verschiedene Subjekte der Geschichte und Politik berücksichtigen und mehrere methodische Verfahren der Untersuchung nutzen. Gegenwarts- und zukunftsorientierte Aspekte der Demokratiekompetenz werden in die historisch-politische Kompetenz angemessen integriert.

Den vier Themenfeldern sind **abschlussorientierte Standards** zugeordnet:

1. Themenfeld *Herrschaft und Partizipation in der Vormoderne*

Das primäre Interesse des Unterrichtsfaches Geschichte und Politische Bildung gilt der Frage nach Ordnungs- und Herrschaftsstrukturen, Bedingungen von Demokratie sowie von legitimer Gewalt und Gewaltfreiheit. Politik und Staat ergeben sich in einer Gesellschaft aus dem Ringen um anerkannte Herrschaft, die sich in der Demokratie durch Zustimmung des Staatsvolkes legitimiert. Der heutige demokratisch-parlamentarisch regierte Staat führt sich nominell und historisch bis auf die antike Demokratie zurück und hat andere vormoderne Formen der Herrschaft im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Europa verdrängt.

Abschlussorientierte Standards: Die Schülerinnen und Schüler zeigen ihre historisch-politische Kompetenz, indem sie in einem thematischen Längsschnitt ausgewählte vormoderne Herrschaftsformen aus mehreren Epochen (Antike, Mittelalter, Frühe Neuzeit) erklären, ihre epochenspezifischen Probleme, Wandlungen und Konflikte aufzeigen und ihr historisches Verhältnis zur modernen Demokratie erörtern.

2. Themenfeld *Revolution und Wandel: Von der traditionellen zur modernen Gesellschaft*

Die langwierige politische Durchsetzung des modernen Staates war in Nordamerika und Europa begleitet von den weitreichenden teilweise gleichzeitigen, teilweise ungleichzeitigen Prozessen der Industrialisierung, globalen Migration und Nationsbildung, die sich in den Dimensionen der Demographie, der Ökonomie, der Politik sowie der Kultur und Ideen niederschlugen.

Abschlussorientierte Standards: Die Schülerinnen und Schüler zeigen ihre historisch-politische Kompetenz, indem sie den umfassenden gesellschaftlichen Wandel zur Moderne im Zusammenhang mit politischen und sozialen Revolutionen und Reformen an ausgewählten Beispielen des 18. und 19. Jahrhunderts analysieren, das Zusammenwirken der Faktoren und gesellschaftlichen Dimensionen erfassen, die Rolle von Integration und Ausgrenzung in der Nationsbildung bestimmen, Fort- und Rückschritte der teils widersprüchlichen Prozesse erörtern und zwischen allgemeinen und singulären Phänomenen unterscheiden.

3. Themenfeld *Zwischen Demokratie und Diktatur: Deutsche Politik und Gesellschaft im 20. und 21. Jahrhundert*

Im Mittelpunkt einer Betrachtung der deutschen Nationalgeschichte im 20. und 21. Jahrhundert steht die Frage nach Gelingen und Scheitern der Demokratie in Deutschland. Den ersten Schwerpunkt bilden die Ursachen und Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur, die nach dem Untergang der ersten deutschen Demokratie in der Weimarer Republik mit den Katastrophen des 2. Weltkriegs und der nationalsozialistischen Verbrechen endete. Den zweiten Schwerpunkt bildet die Geschichte des gespaltenen Deutschland nach 1945 bis 1989, die auch ein Gegensatz von Demokratie und Diktatur war, mit einer Erweiterung um globale politische Probleme dieser Epoche. Im dritten Schwerpunkt geht es um die neuen Herausforderungen für das vereinigte Deutschland in seinen politischen und sozialen Strukturen, zu denen die Schülerinnen und Schüler Lösungsansätze erörtern.

Abschlussorientierte Standards: Die Schülerinnen und Schüler zeigen ihre historisch-politische Kompetenz, indem sie das Problem einer dauerhaften demokratischen Gesellschaft in Deutschland in den verschiedenen historischen Phasen des 20. Jahrhunderts mit ihren epochentypischen Konflikten und Herausforderungen durch Diktaturen und Ideologien reflektieren und politische Folgerungen daraus ziehen.

4. Themenfeld *Konfrontation und Kooperation in der internationalen Politik*

Jenseits einer nationalen Betrachtung nehmen die Schülerinnen und Schüler globale und europäische Strukturen, Prozesse und Konflikte der jüngeren Geschichte und Gegenwart zur politischen Orientierung in den Blick, die einerseits noch stark beeinflusst von den historischen Folgen des Imperialismus und des Kalten Krieges sind, andererseits bereits Merkmale neuer Lebens- und Machtverhältnisse aufweisen. Von besonderer Bedeutung sind die neue dominante Rolle der Weltmacht USA, der globale Nord-Süd-Gegensatz und der Integrationsprozess in Europa.

Abschlussorientierte Standards: Die Schülerinnen und Schüler zeigen ihre historisch-politische Kompetenz, indem sie Theorieelemente und Beispiele politischer Konfliktregelung (Fallanalysen) aufeinander beziehen sowie ausgewählte globale und europäische Prozesse und Strukturen darstellen, vergleichen und erklären.

4 Kompetenzen und Inhalte

Grundsätzlich sind die Kompetenzen an allen Themenfeldern und Themen zu entwickeln. Daher erfolgt keine spezifische Zuordnung, allerdings ist die Entwicklung von historisch-politischer Kompetenz immer an Inhalte gebunden.

Die vier Themenfelder müssen nicht genau den Halbjahren entsprechen. So kann die Amerikanische und Französische Revolution noch zusammen mit 4.1 oder der Ost-West-Konflikt (Kalter Krieg) im Zusammenhang mit der deutschen Geschichte nach 1945 (4.3) behandelt werden.

4.1 Herrschaft und Partizipation in der Vormoderne

Das Themenfeld soll in einem Längsschnitt Fundamente und entscheidende Zäsuren des historisch-politischen Weges Europas aufzeigen. Dabei geht es um wesentliche spezifisch europäische Wurzeln, Voraussetzungen und Konflikte, die den Durchbruch freiheitlicher politischer Ordnungen in der Moderne begünstigten, die Machtkontrolle durch Gewaltenteilung gewährleisteten, Grund- und Menschenrechte verfassungsmäßig verbürgten und umfassende politische Partizipation ermöglichten.

4.1.1 Athen: Die radikale Demokratie – Partizipation ohne Herrschaft?

Verbindliche Inhalte

- Die Verfassung und die politische Praxis der radikalen Demokratie in Athen
- Formen der Machtkontrolle und Mechanismen zur Vermeidung von Herrschaftsbildung in der radikalen Demokratie
- Bedeutung und Einfluss der Politikerpersönlichkeit in der radikalen Demokratie
- Vergleich der radikalen attischen Demokratie mit moderner parlamentarischer Demokratie

Begründung

Auf der Suche nach den politischen Wurzeln der Demokratie untersuchen die Schülerinnen und Schüler kritisch die Auffassung, in Athen liege die „Wiege“ der europäischen Demokratie. Die dabei zu Tage tretende Andersartigkeit der radikalen attischen Demokratie enthält ein bedeutendes didaktisches Potenzial. Vor dem Hintergrund der rigorosen Absage Athens an jegliche institutionalisierte Macht, die zum Ausgangspunkt der Abschaffung von Volksherrschaft und zur Errichtung von Herrschaft über das Volk hätte führen können, werden auch Spezifika der modernen Demokratie deutlich.

Gegenwartsbezüge

- Legitimationsprobleme und Politikverdrossenheit in der modernen Demokratie
- Machtausübung und -kontrolle im System repräsentativer Demokratie
- Problem der plebiszitären Öffnung im Rahmen parlamentarischer Demokratie
- Funktion von Parteien in der Demokratie (Meinungsbildung, Machtausübung)
- Populismus und Demagogie
- Personalisierung von Politik und die Rolle der Personen in der Politik

4.1.2 Feudalismus und Ständegesellschaft: Herrschaft ohne Staat und ständestaatlicher Dualismus

Verbindliche Inhalte

- Lehnswesen und Grundherrschaft als Formen personaler Herrschaft
- Die Bedeutung der mittelalterlichen Stadt als Keimzelle bürgerlicher Freiheit
- Reichstag und Landtage als Vorläufer und Wurzeln von Parlamenten und Parlamentarismus in Deutschland

Begründung

Die Begegnung mit dem extrem schwach ausgebildeten Personenverbandsstaat im Mittelalter lässt die Schülerinnen und Schüler nach dem Zusammenhang zwischen den Grundbedürfnissen des Menschen und der Funktion des Staates fragen. Trotz seiner deutlichen Verschiedenheit ist dieses historisch-politische Phänomen eine direkte Wurzel der politischen Gegenwart. Die Polarisierung des Herrschaftsverbandes, die in den ständestaatlichen Dualismus mündet, markiert den Übergang zu einer neuen institutionalisierten Form von Herrschaft und Partizipation. In diesem Kontext bildete die Stadt einen Sonderfall, der Bürgerrecht und Bürgerfreiheit hervorrief.

Gegenwartsbezüge

- Krise des Staates bzw. der Staatsfinanzierung
- Diskussion um den Rückbau des Staatseinflusses
- Konsens und Dissens in der parlamentarischen Demokratie
- Machtausübung und -kontrolle im System repräsentativer Demokratie
- Problem der zunehmenden Entfunktionalisierung der Parlamente
- Genese des Parlamentarismus

4.1.3 Absolute Monarchie und Aufklärung: Modernisierung als Ende der Partizipation?

Verbindliche Inhalte

- Staatsdenken in der Frühen Neuzeit (z. B. Hobbes, Rousseau, Friedrich II.)
- Veränderungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich unter Ludwig XIV. und in Preußen unter Friedrich II.
- Anspruch und Wirklichkeit (aufgeklärt) absolutistischer Herrschaft
- Formen der Herrschaftsinszenierung im Absolutismus (Architektur, Rituale)

Begründung

Das Zeitalter des Absolutismus mit seinen vielfältig untereinander rückgekoppelten Innovationsschüben bildet die unmittelbare Vorgeschichte der Moderne. Gleichzeitig stellte das politische System des Absolutismus die entscheidende politische Barriere vor der Moderne dar, deren Überwindung in der welthistorischen Zäsur der Französischen Revolution gelang. Somit ist das Verständnis des Absolutismus für die Schülerinnen und Schüler erforderlich zum Verständnis dieses Wandels.

Gegenwartsbezüge

- Rituale, Symbolik und Inszenierungen von Macht und Politik
- Rolle des Staates in der Wirtschaft
- Phänomen des Rufs nach dem „starken Staat“
- Der politische Grundkonflikt zwischen Freiheit und Sicherheit

4.2 Von der traditionellen zur modernen Gesellschaft

Zum Verständnis gegenwärtiger gesellschaftlicher Probleme und Lösungsversuche sind in diesem Themenfeld historische Rückblicke in das 18. und 19. Jahrhundert vorgesehen, als Menschen in Europa und europäische Auswanderer in Nordamerika die vielfältig aufeinander bezogene politische und industrielle „Doppelrevolution“ in die westliche Moderne initiierten, die in vielen Schritten und Schattierungen das politische System der Demokratie und die Industriegesellschaft hervorbrachte.

4.2.1 Die Gründungs- und frühe Geschichte der USA – Menschen vieler Völker bilden eine Demokratie

Verbindliche Inhalte

- Ursachen und Ausmaß der Emigration aus Europa in die nordamerikanischen Kolonien seit dem 16. Jahrhundert
- Die Bedeutung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der Einfluss der Aufklärung auf die Verfassung der USA
- Die Integration von Menschen verschiedener Herkunft zu einer demokratischen Nation bei gleichzeitiger Ausgrenzung der schwarzen und indianischen Bevölkerung

Begründung

Die Schülerinnen und Schüler lernen, die Rolle von Grundrechten und Repräsentation in der Gesetzgebung sowie Integration und Ausgrenzung im Prozess der Nationsbildung und Demokratisierung zu reflektieren. Sie setzen sich mit der Wirkung der Gründungs- und Frühgeschichte der USA auf die europäische Geschichte und ihrem Nachwirken bis in die Politik der heutigen globalen Führungsmacht auseinander.

Gegenwartsbezüge

- Kontinentale und globale Migration
- Menschenrechte und Gewaltenteilung
- Repräsentative Demokratie
- Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
- Politisches Sendungsbewusstsein für Freiheit und Demokratie

4.2.2 Die Französische Revolution – Auftakt zur modernen Gesellschaft in Europa

Verbindliche Inhalte

- Ursachen, Phasen und Folgen der Französischen Revolution
- Die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“
- Demokratie und Volkssouveränität in den französischen Verfassungen
- Die kurz- und langfristigen Wirkungen der Preußischen Reformen und anderer Modernisierungsmaßnahmen „von oben“ in Deutschland

Begründung

Anhand der epochalen und globalen Wirkungen der Französischen Revolution lernen die Schülerinnen und Schüler den Wandel von der Ständegesellschaft zur modernen Gesellschaft kennen. Dabei reflektieren sie die Debatte über Menschen- und Bürgerrechte in der Französischen Revolution und diskutieren die modellhafte Übertragbarkeit der Französischen Revolution auf andere Staaten, besonders Deutschland, und andere revolutionäre Abläufe bis in die Gegenwart.

Gegenwartsbezüge

- Globale Durchsetzung der Menschen- und Grundrechte
- Revolutionärer Terror versus Gewaltfreiheit
- Revolution versus Reform

4.2.3 Die Bildung des deutschen Nationalstaats im 19. Jahrhundert

Verbindliche Inhalte

- Historische (Volk, Sprache, Volks- und Hochkultur) und gegenwärtige Theorien zur Nationsbildung und zum Nationalismus am deutschen und anderen Beispielen
- Die politischen Grundströmungen der Liberalen, Demokraten und Konservativen am deutschen Beispiel
- Weg zur deutschen Reichseinigung von 1815 bis 1871

Begründung

Die Stärke nationaler Orientierungen und nationalistischer Bewegungen hält bis in die Gegenwart an, ebenso die Brisanz des damit erzeugten Konfliktpotenzials. In Deutschland war die nationale Frage aufs engste mit der Ausbildung politischer Grundrichtungen im 19. Jahrhundert verknüpft. Die Schülerinnen und Schüler erörtern den Wandel in den Ideologien des deutschen Nationalismus im Laufe des 19. Jahrhunderts. Sie unterscheiden parteipolitische Tendenzen in den revolutionären und restaurativen Prozessen dieser Zeit bis zur Reichsgründung 1871 und schätzen die Rolle historischer Persönlichkeiten am Beispiel Otto von Bismarcks ein. Sie erfassen den Einfluss der europäischen Außenpolitik auf die deutsche Innenpolitik.

Gegenwartsbezüge

- Nationalismus und Rechtsextremismus in Europa
- Zusammenhang von Demokratie und Wahlrecht
- Gewalt als politisches Mittel von „unten“ und von „oben“
- politischer Cäsarismus und der Glaube an „starke Männer“
- Gleichgewicht der Mächte versus Hegemonie in der Außenpolitik

4.2.4 Industrialisierung und Soziale Frage – Wandel zu einer Industriegesellschaft

Verbindliche Inhalte

- Das Zeitalter der Industrialisierung im späten 18. und 19. Jahrhundert als Epoche des rasanten technischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels und der Modernisierung
- Die Interdependenz der Faktoren dieses Umbruchs am Beispiel der deutschen Geschichte in den Dimensionen der Wirtschafts-, Sozial- und Politikgeschichte
- Elemente aus den Wirtschaftstheorien des 18. bis 20. Jahrhunderts (Wachstum, Konjunktur, Aufschwung, Krise, Sozialprodukt, Kapital, Markt, Rationalisierung)
- Historische Merkmale des Industriekapitalismus und der Sozialen Frage

Begründung

Die Entstehung der Industriegesellschaft löste immense soziale und politische Veränderungen bis in die Gegenwart aus. Die Schülerinnen und Schüler wenden zentrale wirtschaftstheoretische Begriffe exemplarisch auf historische Prozesse in Deutschland an. Sie beurteilen den anhaltenden Prozess der globalen Industrialisierung in Hinsicht auf Ambivalenzen des Fortschritts, erörtern die Komplexität der sozialen Folgen angesichts unterschiedlicher Lösungsangebote zur Sozialen Frage im 19. Jahrhundert und prüfen die Übertragbarkeit auf heutige Herausforderungen.

Gegenwartsbezüge

- Bedingungen für industrielles Wirtschaftswachstum
- Entstehung und Merkmale von Klassen und Schichten in der Moderne
- Rolle von Eliten in Wirtschaft und Politik
- Problem der sozialen Gerechtigkeit und Sozialstaat
- Protestverhalten sozialer bzw. sozialrevolutionärer Bewegungen

4.3 Deutsche Politik und Gesellschaft im 20. und 21. Jahrhundert

Die Schülerinnen und Schüler kennen bereits viele Fakten und Probleme zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts aus der Einführungsphase. In der Qualifikationsphase wird eine Vertiefung durch neuartige Zugriffe angestrebt, zu denen stärkere Abstraktion, vergleichende Verfahren und der Einsatz historisch-politischer Theorien gehören.

Der deutsche Weg war stark geprägt durch die langwierige Auseinandersetzung zwischen freiheitlicher Demokratie und gewaltsamer Diktatur als Herrschaftsformen. Hinter den politischen Prozessen vollzogen sich tiefreichende soziale Veränderungen.

4.3.1 Das Scheitern der Demokratie in der Weimarer Republik

Verbindliche Inhalte

- Der Versailler Vertrag und die deutsche Revisionspolitik
- Grundzüge der politischen und sozialen Geschichte der Weimarer Republik
- Die Auflösung der Weimarer Republik, der Aufstieg Hitlers und die Machtübertragung an die NSDAP 1933

Begründung

Die Schülerinnen und Schüler reflektieren die besonderen historischen Belastungen der ersten deutschen Demokratie aus der Geschichte des Kaiserreichs und den Ergebnissen des 1. Weltkriegs sowie politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen in der Weimarer Republik (z. B. Krisenjahre, Inflation, Krise des Mittelstands, Massenarbeitslosigkeit, neue Geschlechterverhältnisse). Das zentrale Interesse liegt dabei auf den Ursachen für das Scheitern der Weimarer Demokratie und den Aufstieg des Nationalsozialismus.

Gegenwartsbezüge

- Probleme europäischer Verständigung
- Nationalitätenkonflikte nach der Neuordnung Europas
- Strukturkrise der Wirtschaft und Sozialsysteme
- Soziale Erschütterungen durch Inflation und Arbeitslosigkeit
- Demokratie und politische Stabilität
- Demokratie, Parlamentarismus und Strategie politischer Parteien
- Wehrpflicht und Berufsarmee

4.3.2 Nationalsozialistische Diktatur und 2. Weltkrieg

Verbindliche Inhalte

- Die nationalsozialistische Ideologie
- Der totalitäre Staatsaufbau des „Dritten Reiches“, die Politik der „Gleichschaltung“ und Formen der Herrschaftsinszenierung
- Die nationalsozialistische Außenpolitik ab 1933 bis zum Hitler-Stalin-Pakt 1939
- Die Verfolgung und Vernichtung der Juden und anderer Minderheiten, die Euthanasie
- Grundzüge zum Verlauf des 2. Weltkriegs, Charakter eines Weltanschauungskrieges
- Die Bandbreite des deutschen Widerstands und die Akzeptanz der NS-Herrschaft 1933-1945
- Der Zusammenbruch 1944/45 und die historischen Folgen
- Der deutsche Umgang mit der NS-Vergangenheit bis in die Gegenwart

Begründung

Die nationalsozialistische Diktatur führte zu einem einzigartigen „Zivilisationsbruch“ und einer Absage an Demokratie und Humanität. Die Schülerinnen und Schüler verbinden die Ideologie des Nationalsozialismus mit dem Staatsaufbau, der Innen- und Außenpolitik sowie der Kriegsführung und erkennen ihre historischen Wurzeln sowie pseudoreligiösen Züge. Sie erfassen auch, wie durch Symbole und Gesten Herrschaft inszeniert und gesichert wird. Sie erörtern die Phänomene des Totalitären und des Faschismus in Hinsicht auf den NS-Staat und nehmen gegenwärtige kontroverse Deutungen des Nationalsozialismus zur Kenntnis. Strittig sind nach wie vor Ausmaß und Bedeutung des Widerstands und seine traditionsprägende Kraft für die Bundesrepublik. Besonders schwer wiegt die deutsche Verantwortung für den Holocaust (Shoah) und die NS-Verbrechen.

Gegenwartsbezüge

- Neo-Nazismus und Rechtsextremismus
- Schutz der Grund- und Bürgerrechte
- Führerkult und charismatische Massenverführung
- Politisches Asyl und Emigration
- Krieg und Frieden
- Genozid, Euthanasie

4.3.3 Deutschland nach 1945 bis in die Gegenwart

Verbindliche Inhalte

- Die alliierten Kriegskonferenzen und Deutschlandpläne
- Der deutsche Neuanfang bis zur doppelten Staatsgründung von BRD und DDR 1949, das Besatzungsregime in den Westzonen und der SBZ
- Die politische und soziale Geschichte von BRD und DDR 1949-1990 mit den Phasen von Wiederaufbau / Systemintegration beider Staaten, Reformära/Entspannungspolitik/de-facto-Anerkennung der DDR, Wirtschaftsstagnation / Krise und Erosion der DDR
- Die Geschichte der innerdeutschen Grenze (Flucht, Mauerbau 1961, Öffnungsversuche und Abgrenzungstendenzen)
- Merkmale der Diktatur in der DDR (politische Struktur, Marxismus-Leninismus und Stalinismus, Beziehung zur UdSSR, Alleinherrschaft der SED, Wirken des MfS, Versuche politischer Loyalitätssicherung, Initiativen weltanschaulicher und politischer Opposition)
- Die Entwicklung zur „friedlichen Revolution“ in der DDR und der Prozess der Einigung ab 1989
- Der politische Aufbau der Bundesrepublik (Prinzipien und Ausgestaltung des Grundgesetzes, Föderalismus, Rolle der Parteien)
- Die Entwicklung der Sozialstruktur und Geschlechterverhältnisse in Deutschland von 1945 bis in die Gegenwart
- Aktuelle Herausforderungen der deutschen Gesellschaft und Politik

Begründung

Mit den langfristigen Folgen der deutschen Teilungsgeschichte sind die Schülerinnen und Schüler nach wie vor konfrontiert. Sie erörtern die Ursachen der deutschen Teilung und grenzen ihre Phasen ab. Vor dem Hintergrund gemeinsamer Voraussetzungen der beiden deutschen Teilstaaten werden die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Unterschiede zwischen Ost und West erklärt. Dabei vergleichen die Schülerinnen und Schüler in ausgewählten Bereichen auch der Sozial- und Alltagsgeschichte Ost- und Westdeutschland und geben auch gemeinsame Verflechtungen oder Parallelen während der Teilung (z. B. Konsum, Jugend) an. Handlungsspielräume von Personen und Gruppen in den beiden Staaten sind auszuloten und die historische Verantwortung ist zu erörtern. Die Schülerinnen und Schüler untersuchen die politische Symbolik und Geschichtsdeutung in der ideologischen Auseinandersetzung. Die Gründe für das Scheitern der DDR werden multiperspektivisch reflektiert. Ausgesuchte Probleme des Einigungsprozesses werden dargelegt sowie politische und soziale Probleme der Bundesrepublik unter historischem und aktuellem Blickwinkel differenziert diskutiert.

Gegenwartsbezüge

- Vereinigungskrise und Integrationsprobleme
- Demokratische Legitimation versus Politik- und Parteienverdrossenheit
- Reform des Grundgesetzes
- Zukunft der Arbeit und Erwerbstätigkeit
- Veränderte Beziehungen zwischen den Geschlechtern
- Globale politische und militärische Rolle der BR Deutschland

4.4 Konfrontation und Kooperation in der internationalen Politik

Innerhalb dieses Themenfeldes erarbeiten sich die Schülerinnen und Schüler in einer theoretischen Einführung generell mögliche Ursachen und Merkmale sowie Beispiele für ideologische, wirtschaftspolitische, psychologische und nationalistisch-rassistische Konflikte und gewinnen Informationen über Erfahrungen und Möglichkeiten des Konfliktabbaus in Vergangenheit und Gegenwart.

Um politische Urteilsfähigkeit und Demokratiekompetenz zu fördern, werden sowohl konsensuale Grundlagen als auch kontroverse Themen ausgewählt (z. B. Pro und Kontra von Entwicklungshilfe und deren Verwendungskontrolle oder die Höhe des deutschen Beitrages zum EU – Haushalt). Für die Thematisierung der verbindlichen Unterrichtsinhalte werden Probleme und Konflikte oder Fälle berücksichtigt, durch deren Analyse die Schülerinnen und Schüler Kontroversen offen legen, hinter denen gesellschaftliche Interessen und Positionen stehen und durch die sie sich Zugänge zu globalen Strukturen und Prozessen gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Systeme erschließen. Das Themenfeld integriert dabei Perspektiven aus den Disziplinen Geschichte, Geographie, Politik und Wirtschaftswissenschaft.

4.4.1 Konflikte und ihre Bewältigung – Einführung in die politische Theorie: Der Ost-West-Konflikt

Verbindliche Inhalte

- Krieg und Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung und Wege der Befriedung zwischen Gruppen, Staaten und Kulturen
- Formen der Friedenssicherung durch militärische und nichtmilitärische Strategien an ausgesuchten Beispielen in der Zeit des „Kalten Krieges“

Begründung

Den historischen Ausgangs- und Untersuchungsschwerpunkt bilden Entstehung, Verlauf und Ende des Ost-West-Konfliktes („Kalter Krieg“) als Beispiel im weltpolitischen Kräftefeld der Nachkriegszeit. Auch nach dessen Ende sind die politischen Strukturen und Prozesse der Gegenwart noch stark davon geprägt und eignen sich für die politische Theoriebildung zu Konflikten und Friedenssicherung.

Gegenwarts- und Zukunftsbezüge

- Rechtliche Rahmenbedingungen und Normen zwischen Staaten als Völkerrechtssubjekten
- Aktuelle zwischenstaatliche und ethnische Konflikte (Auswahl durch die Lerngruppe)
- Notwendigkeit des Verzichts auf Gewaltanwendung in der internationalen Arena, Fähigkeit zur friedlichen Konfliktlösung sowie internationalen Solidarität
- Rolle des internationalen Terrorismus und dessen Wirkungen auf die nationale Konfliktpolitik (z. B. Zunahme der Kontrollen)
- Rolle der Bundeswehr und der NATO bei Konfliktlösung, Krisenmanagement und -prävention
- Probleme der Verbreitung bzw. Eindämmung von Massenvernichtungswaffen

4.4.2 Der Nord-Süd-Gegensatz, Probleme der **Entwicklungsländer und Schwerpunkte entwicklungspolitischer Zusammenarbeit**

Verbindliche Inhalte

- Grundzüge des historischen Kolonialismus und das Ringen um umfassende Dekolonisation versus „neokoloniale“ Abhängigkeiten
- Die schwierige Identitätsentwicklung der Entwicklungsländer, Belastungen bei der Staatenbildung und damit verbundene politische Strukturen
- Soziale, wirtschaftliche und finanzielle Krisenpotenziale in den Entwicklungsländern sowie Modelle und Ansätze zu ihrer „Entschärfung“ im Rahmen globaler Kooperation
- Ländergruppen und ihre Einstufungscharakteristika durch die UNO, Weltbank und WTO
- Formen und Risikopotenziale der Entwicklungshilfe (z. B. „Eine Welt – Hilfe zur Selbsthilfe“, „collective-self-reliance“, „global governance“)

Begründung

Signifikant wegen ihrer hohen Aktualität und zukünftigen Bedeutung, werden der Nord-Süd-Gegensatz sowie ausgewählte Probleme der Entwicklungsländer und der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit analysiert. Dazu zählen auch die kulturellen Konflikte zwischen westlichen und anderen Traditionen (Islam, asiatische Kulturen) im Rahmen der Globalisierung.

Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung

- Politische Handlungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler auf der Basis von interkulturellem Fremdverstehen und Toleranz
- Mehrdimensionale und multiperspektivische Auseinandersetzung mit der Globalisierung und ihren Folgen für die Lebenswelt

4.4.3 Das Entstehen der europäischen Staatengemeinschaft

Verbindliche Inhalte

- Die Europaidee: Geschichte, kulturelle Wurzeln, Intentionen und wirtschaftspolitische Meilensteine des europäischen Integrationsprozesses
- EU – Verfassungskernpunkte in der Diskussion: Institutionen, Strukturen und Entscheidungsprozesse
- Anspruch und Wirklichkeit des europäischen Einigungsprozesses in ausgesuchten Politikfeldern, Wirtschaftssektoren und Regionen
- „Das gemeinsame Haus Europa“: Kulturelle Vielfalt und grundlegende Gemeinsamkeiten Europas – Reichweite europäischer Identität
- „EU-Europa und die Anderen“ – Chancen und Gefahrenpotenziale einer Osterweiterung und beim Beitritt der Türkei zur EU
- Beispiele für Auswirkungen auf Politik und Lebenswelt bei der Übertragung von nationalen Souveränitätsrechten an die EU

Begründung

Die Auseinandersetzung mit dem historischen und aktuellen europäischen Einigungsprozess ist für die heranwachsende Generation notwendig, da ihr Lebensumfeld von den europäischen Institutionen und Beziehungen vielfach beeinflusst wird. Das Entstehen des Europagedankens und seine Umsetzung können als historischer Abriss auf kulturellem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet vermittelt werden. Einige Meilensteine des Einigungsprozesses werden hervorgehoben, um europäisches Bewusstsein zu fördern. Auch die mögliche zukünftige Entwicklung (Verfassung der EU, Erweiterung, Migration, Arbeitsmarkt) ist zu bedenken, um den Schülerinnen und Schülern Anstöße zur politischen Reflexion und zum politischen Engagement zu geben. Wesentlich ist daneben die Verflechtung Europas mit der Weltwirtschaft im Rahmen der Globalisierung, deren Phänomene kritisch zu überprüfen sind.

Gegenwarts- und Zukunftsbezüge

- EU – Verfassungsdiskussion und die Gefahren innenpolitischer Zerreißproben in den Mitgliedsstaaten
- Bilanz der Erweiterungsschritte: Zwischen „overstretch“, „Völkerfrühling“ oder Bürgerfrust
- Europäisierung – Globalisierung und die Ängste vor einer „neoliberalen“ Reformpolitik
- Entwicklung eines EU-Bewusstseins, einer europäischen Identität und von Leitbildern einer europäischen Integration
- Die EU, ihr Selbstverständnis und ihr Verhältnis zu den USA, Russland und anderen Mächten